Zeitschrift: Itinera : Beiheft zur Schweizerischen Zeitschrift für Geschichte = supplément de la Revue suisse d'histoire = supplemento della Rivista storica svizzera

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Geschichte

Band: 18 (1996)

Vorwort: Zur Einleitung : erste Blicke auf die schweizerische Aussenpolitik nach 1945

Autor: Kreis, Georg

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Zur Einleitung: Erste Blicke auf die schweizerische Aussenpolitik nach 1945

Georg Kreis

Vor über einem Jahrzehnt ist bereits darauf aufmerksam gemacht worden, dass die zeitgeschichtliche Forschung die Zäsur von 1945 endlich überwinden müsste, da die geschichtsbildlose Lücke zwischen bearbeiteter Vergangenheit und fortschreitender Gegenwart immer grösser werde[1]. Was 1985 in den Auseinandersetzungen mit dem Kriegsende von 1945 noch ein frommer Wunsch war, wurde mittlerweile, wie die Erinnerungsmanifestationen von 1995 zeigen, zur beinahe selbstverständlichen Perspektive[2]. Die schliesslich doch aufgekommene Bereitschaft, sich mit der Zeit «danach» auseinanderzusetzen, erklärt sich nicht bloss mit dem zusätzlichen Dezennium äusserer Distanz zum Kriegsende, sondern auch mit der Wirkung einer weiteren Zäsur, welche 1989 auch der Nachkriegszeit ein Ende bereitete und eine fünfzigjährige «Gegenwart» nun zur «Vergangenheit» werden liess. Die durch diese Transformation aufgekommene innere Distanz zu den Jahren 1945 bis 1989 lädt uns geradezu ein, die entrückte Ära durch historische Verarbeitung wieder heranzuholen.

Dabei kann es freilich nicht darum gehen, Geschichte in dem Sinne fortzuschreiben, dass der Abschnitt 1939–1945 als bereits bestehendes Zeitsegment gleichsam erweitert oder ihm ein neues Zeitsegment angefügt würde, zumal das vorangegangene Segment unter der kritischen Betrachtung nachrückender Historiker/innen etwas brüchig geworden ist[3]. Nötig sind vielmehr Fragestellungen, die über diese Zäsuren hinweg Entwicklungsperspektiven sichtbar und Antworten auf aktuelle Erkenntnisinteressen möglich machen.

Der Schweizerische Historikertag von 1995, aus dem die nachfolgenden Beiträge hervorgegangen sind, hat sich in der Tat von gegenwartsbezogenen Interessen leiten lassen, als er die neuesten Positionen der Historiographie

1 Georg Kreis, Plädoyer für eine zeitgemässe Zeitgeschichte. In: Neue Zürcher Zeitung vom 17./18. August 1985. Wieder aufgenommen von Christoph Graf und Peter Maurer, Die Schweiz und der Kalte Krieg 1945–1950. In: Studien und Quellen Bd. 11, Hg.v. Schweizerischen Bundesarchiv. Bern 1985. Desgleichen durch das Seminar der Schweizerischen Unesco-Kommission vom September 1986; vgl. entsprechenden Schlussbericht, Bern 1987.

2 Ein prominenter Beleg für die neuere Betrachtungsweise, welche die Zäsur von 1945 überwindet, ist die 1995 präsentierte Ausstellung des Schweizerischen Bundesarchives «Aufbruch in den Frieden? Die Schweiz am Ende des Zweiten Weltkrieges» gewesen.

3 Eine Art Fortschreibung der Geschichte der Kriegsjahre über die Zäsur von 1945 hinaus bilden in thematischer Hinsicht, nicht jedoch bezüglich der Haltung der Autoren die Arbeiten von Walter Spahni (1977), Marco Durrer (1984) und Linus von Castelmur (1992).

zu den schweizerischen Aussenbeziehungen der Nachkriegszeit vorgestellt und diskutiert hat. Die schweizerische Aussenpolitik ist aus zwei Gründen ins Zentrum des allgemeinen und öffentlichen Interesses gerückt: Einmal wegen der beschleunigten Veränderungen des internationalen (nicht nur europäischen, sondern auch globalen) Umfeldes seit 1989 und zum anderen wegen der innenpolitischen Widerstände gegen eine Aussenpolitik, die diesen Veränderungen Rechnung tragen will.

Das Interesse für die schweizerische Aussenpolitik der Nachkriegszeit besteht aber nicht einfach an sich, sondern ist mit der kritischen Vermutung verknüpft, dass 1945 möglicherweise eine Fehlentwicklung eingeleitet worden sei, deren Spätfolgen uns nun zu schaffen machten. Die Aussenpolitik habe sich insofern in eine falsche Richtung entwickelt, als sie im Bilateralismus verharrt sei, dem Multilateralismus gegenüber zu starke Vorbehalte gehegt habe, das heisst aus lauter Instistieren auf einer engen Neutralitätsauslegung und – beinahe noch wichtiger – einem Kultivieren des Sonderfalldenkens die Notwendigkeit der Partizipation an kollektiven Institutionen verkannt habe. 1945 könnte es gemäss dieser Vorstellung zu einem Versäumnis der einen oder anderen Art gekommen sein: Entweder habe man es versäumt, nach der kriegsbedingten Isolation die *vormalige Offenheit* wiederherzustellen, oder man habe den günstigen Moment für eine *grundlegende Neuerung* beziehungsweise einer Mitwirkung an etwas Neuem verpasst.

Die Kritik an der Haltung, welche die Schweiz 1945 gegenüber dem internationalen Umfeld eingenommen hat, ist nicht neu. Zu Beginn der sechziger Jahre bemerkte Herbert Lüthy, dass nach 1945 nicht die gleiche Aufbruchstimmung geherrscht habe wie nach 1918: «La Suisse de 1918–1920 apparaît en rétrospective comme saisie d'un débordement d'idéalisme, d'illusions et de besoin d'agir, qui fait un contraste saisissant avec la sobriété prudente, désabusée et un peu morose de 1945–1947[4].» Dieses Manko war offenbar nachteilig nicht nur für die damalige Zeit, sondern mit seinen Nachwirkungen auch für die späteren Jahre. Es sei nun nämlich zu befürchten, dass die Schweiz die Isolation nicht mehr loswerde,

4 Herbert Lüthy, La Suisse des deux après-guerres. In: Die Schweiz. Jahrbuch der NHG 1964 (Themennummer zu ihrem 50jährigen Bestehen), S. 63–75. Lüthy stellt auf die Erinnerungen ab, die später einem 1918 Geborenen vermittelt wurden, und fragt sich, was einem 1945 Geborenen von den Älteren wohl mitgegeben worden ist. Der Vf. ist sich bewusst, dass die beiden Nachkriegszeiten in mehrfacher Hinsicht nicht gleichgesetzt werden können. Die internationale Szene 1918 sei wesentliche idealistischer als diejenige von 1945 gewesen. Die erste Nachkriegszeit sei von Wilson und Lenin geprägt worden, die zweite Nachkriegszeit von nackten und brutalen Tatsachen als Dauerprovisorium. Die Zurückhaltung von 1945 könnte auch eine Folge der Ernüchterung nach den Enttäuschungen von 1918 gewesen sein. Wichtig sei aber auch der angedeutete Unterschied bezüglich der Qualität der vorangegangen Kriegsjahre: Im Ersten Weltkrieg sei die Schweiz ein offenes internationales Forum geblieben, im Zweiten Weltkrieg dagegen eine insichgekehrte Insel geworden.

in die sie seit der völligen Einkreisung durch die Achsenmächte im Sommer 1940 geraten war. «Spirituellement, après 1945, le contact trop longtemps rompu entre la Suisse et le monde extérieur ne s'est pas rétabli[5].»

Auch für die damalige Auseinandersetzung mit der Vergangenheit gilt: Ein historischer Befund ist wie jede sozialwissenschaftliche Erkenntnis mindestens so sehr eine Aussage über die eigene wie über die besprochene Zeit. Die eigene Zeit – das waren eben die sechziger Jahre mit der wachsenden Spannung zwischen wirtschaftlicher Dynamik und politischer Statik. 1961/62 unternahm die schweizerische Diplomatie mit den EWG-Assoziierungs-Sondierungen immerhin einen kleinen Ausbruchsversuch. 1963 gelang sogar der Anschluss an die Welt des Europarates. Zu einer Wiederaufnahme der UNO-Beitrittsdebatte sollte es allerdings erst 1967 kommen. Nicht von ungefähr und nicht als einziger äusserte Lüthy gerade um 1963/64 seine Befürchtung. Karl Schmids «Unbehagen im Kleinstaat» war soeben erschienen, und Max Imbodens Text über das «Helvetisches Malaise» von 1964 lag wahrscheinlich bereits beim Verlag.

Herbert Lüthy schloss nicht aus, dass die Schweiz mit einer stärkeren Partizipation auch Schweizerisches in den internationalen Dialog einbringen könnte. Den Gang der Welt hätte dies seines Erachtens zwar wenig beeinflusst. Wichtig waren aber die Veränderungen, die im Lande selber deswegen eintreten würden: Das Idealistische und Visionäre und damit auch der immer nötige Veränderungswille würden dadurch genährt. Und mentale Veränderungen, sie waren nötig in den sechziger Jahren, wie sie auch in den neunziger Jahren nun als nötig erscheinen. Sie waren und sind aber offenbar keine Selbstverständlichkeit, sondern ganz im Gegenteil ausgesprochen rechtfertigungsbedürftig. Darum Lüthys lakonische und zugleich appellative Bemerkung: «Seul les pays morts ne changent pas[6].»

Möglicherweise stehen wir heute wieder da, wo Herbert Lüthy und seine Zeitgenossen vor 30 Jahren gestanden haben. Jedenfalls müssen wir hier mit unseren Überlegungen wieder einsetzen. Dabei läge die Frage nahe, warum wir, sollte dem so sein, nach einer Generation in der schweizerischen Aussenpolitik nicht viel weiter gekommen oder sogar etwas zurückgefallen sind. Dies war aber nicht die Fragestellung der Tagung vom Herbst 1995, sondern nur die wichtige Frage, die zum Tagungsthema geführt hat. An der Tagung selber ging es in erster Linie darum, einen Blick oder vielmehr neue Blicke auf die Anfänge der zweiten Nachkriegsära zu werfen.

5 Ebenda, S. 73.
6 Ebenda, S. 75. Der Aufsatz endet mit dieser Bemerkung.

Naheliegenderweise nimmt man gerne an, dass diese Aera 1945 begonnen habe. Diese Vorstellung verbindet sich gemeinhin mit der Auffassung, dass die in der vorangegangenen Phase bestimmende Grundhaltung des Isolationismus und des Insistierens auf der Sonderfallvorstellung sozusagen nahtlos in die Aera des Kalten Krieges übergegangen sei. Indessen macht auch Herbert Lüthy darauf aufmerksam, dass es unmittelbar nach Kriegsende einen «trou de l'immédiat après-guerre» von etwa 20 Monaten gegeben habe[7]. Der vorliegende Band befasst sich mit diesem «trou» und geht der Frage nach, inwiefern ein vorübergehend etwas aufgeweichter Zustand besondere Handlungsspielräume zur Verfügung gestellt habe, die dann allenfalls ungenutz geblieben sind.

Wenn es eine besondere Nachkriegsphase gegeben hat, dann dürfte diese wohl etwas länger, nämlich bis 1948 oder sogar bis 1950 gedauert und auch nicht erst 1945 eingesetzt haben. Die Anfänge der offenen Phase machen sich bereits in den Jahren 1942/43 bemerkbar, draussen «in der Welt» mit den Umschwüngen im Kriegsverlauf insbesondere bei El Alamain und Stalingrad und drinnen im «helvetischen Garten» mit der Vorbereitung der eidgenössischen Wahlen vom Herbst 1943 und der markanten Intensivierung der Debatte um die innenpolitische wie die internationale Nachkriegsordnung. Den frühen Aufbruch in die Nachkriegszeit können wir in verschiedenen Bereichen ausmachen. Im institutionellen Bereich ist es vor allem die Schaffung im Herbst 1942 einer speziellen Sektion im Eidg. Politischen Departement (EPD), die sich mit den ausländischen Nachkriegsplänen befassen musste. Im gesellschaftlichen Bereich sind es Phänomene wie Ernst Nobs' Schrift «Helvetische Erneuerung» von 1943 und die Gründung des «Club 44» in La Chaux-de-Fonds. 1944 wurde die «Schweizer Spende» lanciert, und ebenfalls 1944, der Aufruf, der 1946 zur Gründung des internationalen Kinderdorfes in Trogen führen sollte. Weitere Aufbruchsprodukte sind beispielsweise das 1946 geschaffene «Heks» (Hilfswerk der Evangelischen Kirchen der Schweiz) oder die im gleichen Jahr gegründete CJA (Christlich-jüdische Arbeitsgemeinschaft). Solche humanitäre Engagements bildeten indirekterweise eine Vorlage für das, was Peter Hug als «Ersatz für Aussenpolitik» bezeichnet.

Auch wenn Lüthy in seinem Aufsatz von 1963 davor warnt, dass die Schweiz wegen ihrer Reduit-Fixierung, hier etwas zugespitzt resümiert, sozusagen unwiederbringlich ihre internationale Dimension verlieren könnte – als Wissenschafter ging er nicht von Einbahnvorstellungen, sondern davon aus, dass die Entwicklung konjunkturellen Schwankungen

7 Ebenda, S. 73/74.

unterworfen ist. «La Suisse (...) a toujours oscillé entre les tentations de l'isolationisme et celles des vocations internationales, européennes ou universelles, qu'elle se découvrit de temps en temps[8].» Wovon hängen diese Konjunkturen ab? Für Lüthy wie für jeden engagierten Zeitgenossen wird die gesellschaftliche Entwicklung unter anderem auch vom Verantwortungsbewusstsein der Einzelnen mitbestimmt. Lüthy hält es für falsch, in der Auseinandersezung mit den Entwicklungsmöglichkeiten der Schweiz feste Eigenschaften zuzuschreiben. Mal sei sie wie 1847/49 eher im Zentrum der europäischen Bewegung, mal befinde sie sich wie 1870/71 eher an der Peripherie der Vorgänge. Diese Befunde gelten aber weniger den Haltungen der offiziellen Schweiz, den Behörden und ihrer Diplomatie, als dem gesamtgesellschaftlichen Klima, dem jeweiligen Interesse der Gesamtheit, an den Geschicken ausserhalb des eigenen Landes teilzuhaben.

In Lüthys Aufsatz von 1963 finden wir neben dem individualistischen und voluntaristischen Ansatz das später von der Schule Siegenthaler ausgebaute und vertiefte Zyklenverständnis, das die Bedeutung der gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen hervorhebt und Phasen mit wirtschaftlichem Aufschwung in Kombination mit gesellschaftspolitischer Stabilität und Phasen mit gesellschaftspolitischer Unrast in Kombination mit wirtschaftlicher Stagnation unterscheidet[9]. Lüthy räumt ebenfalls ein: «...le temps des grands remous d'idées étant généralement des temps de crise ou d'incertitude, les 'milieux économiques' tendent à être prudents, alors qu'aux époques spirituellement plates et calmes il leur arrive de s'abandonner à l'euphorie[10]...» Einiges spricht dafür, dass die Jahre 1943–1948 in diesem Sinne eine Krisen- und Aufbruchphase gebildet haben.

Wie im Programm des Historikertages von 1995 werden im folgenden zuerst die Beiträge präsentiert, die sich mit nichtgouvernementalen Bewegungen befassen. Diese Bewegungen könnten Indikatoren für die gesamtgesellschaftliche Befindlichkeit, und diese könnte ihrerseits eine wichtige Rahmengrösse zur Beurteilung der Politik der offiziellen Stellen sein.

Claus Hässigs Fallstudie über die 1946 erstmals durchgeführten «Rencontres internationales de Genève» dokumentiert den Versuch einer kleinen Gruppe von Intellektuellen, den durch den Krieg unterbrochenen Dialog – allerdings weniger zwischen Angehörigen unterschiedlicher

8 Ebenda, S. 68.
9 Hansjörg Siegenthaler, Regelvertrauen, Prosperität und Krisen. Tübingen 1993. – Vgl. auch: achtung: die 50er Jahre! Annäherung an eine widersprüchliche Zeit. Hg. v. Jean-Daniel Blanc und Christine Luchsinger. Zürich 1994.
10 Lüthy, S. 63.

Staaten als zwischen Vertretern unterschiedlicher weltanschaulicher-philosophischer Positionen – wiederaufzunehmen und so die geistige Basis für die Ausgestaltung des künftigen Europa zu legen. Trotz der beachtlichen Medienresonanz dürfte aber die Ausstrahlung dieser Treffen auf die Schweiz bescheiden und das Unternehmen selbst nicht repräsentativ für die vorherrschende Einstellung gewesen sein. Dieser Beitrag zeigt im übrigen, dass Lüthys Urteil nicht nur aus dem Malaise der sechziger Jahre zu verstehen, sondern auch damit in Verbindung zu bringen ist, dass Lüthy an solchen Intellektuellentreffen teilgenommen und wohl schon 1946/47 eine grössere Resonanz erwartet hat.

Der Beitrag von *Eric Flury-Dasen* prüft die These vom Versäumnis der Schweiz der Nachkriegsjahre anhand der Bedeutung, welche die «Union der europäischen Föderalisten» und die «Europa-Union» in der Schweiz erlangt haben. Durch den beachtlichen schweizerischen Anteil an der gesamteuropäischen Bewegung der Föderalisten und insbesondere die Förderung, die diese Bewegung bei der Durchführung von Kongressen und beim Einsatz für die Domizilierung ihres Sekretariates in Genf von der offiziellen Schweiz erfuhr, sieht Flury Lüthys These widerlegt. Bundesrat Petitpierre setzte sich, wie *Lubor Jílek* zeigt, auch im Falle der «Union parlementaire européenne» dafür ein, dass diese ihren Sitz in der Schweiz nehmen könne. Die ebenfalls feststellbare grosse Zurückhaltung schweizerischer Parlamentarier gegenüber dieser Bewegung erklärt sich weniger aus einer allenfalls isolationistischen Haltung, sondern zu einem grossen Teil aus einer Reserve, ja Ablehnung gegenüber Cudenhove-Kalergi als dem Leiter dieser Bewegung.

Das Bild, das sich mit diesen drei Beiträgen abzeichnet, ist noch weit davon entfernt, vollständig zu sein. Noch zu wenig fassbar sind insbesondere die Haltungen der politischen Parteien. Die Studie von Eric Flury vermittelt immerhin erste hochinteressante Einblicke in die Reaktionen auf die Positionsbezüge der «Europa-Union». Den traditionellen Parteien gingen die bundesstaatlichen Europavorstellungen offensichtlich zu weit, weil sie die Souveränität und die Neutralität der Schweiz in Frage stellten. 1949 entstand dann auf der Linie derjenigen, welche bloss einen lockeren Staatenbund anstrebten, auch in der Schweiz ein «Nationalkomitee für europäische Zusammenarbeit» (mit J. R. von Salis als Präsidenten). Gemäss Flury muss aber selbst dieses weniger ambitiöse Komitee eine «Totgeburt» gewesen sein; die Schweiz sei in ihrem Engagement verglichen mit anderen Ländern weit zurückgeblieben. Müsste Flury demnach nicht Lüthy teilweise doch Recht geben?

Über die Haltungen der wichtigen Medien des Landes erfährt man nur wenig im vorliegenden Band. Einige Hinweise findet man in *Kurt Imhofs*

Kommentar. Eine Feinabstufung im chronologischen Ablauf der Jahre 1943–1950 ist mit Hilfe des eben erschienenen Bandes zur systematischen Untersuchung einiger Leitmedien möglich[11].

Der Beitrag von *Manfred Linke* eröffnet den Teil mit den Beiträgen über die Politik der amtlichen Stellen. Er führt zum Fazit, dass die Bedeutung des mit 1945 neu entstehenden Multilateralismus verkannt worden sei, weil man ihn nur unter dem Aspekt der Souveränitätseinbusse und nicht auch unter dem Aspekt der Mitgestaltungsmöglichkeiten beurteilt hat. Im Bereich des humanitären Völkerrechts wich die schweizerische Aussenpolitik allerdings von dieser Zurückhaltung ab und lud zu der internationalen Konferenz nach Genf, die 1949 zum Abschluss von vier wichtigen Abkommen führen sollte.

Antoine Fleury unterstreicht die Kontinuitätslinien der schweizerischen Aussenpolitik und vermittelt den Eindruck, dass die Zurückhaltung von 1945 nicht wesentlich grösser gewesen sei als die überaus vorsichtige Völkerbundspolitik der zwanziger Jahre. Er zeigt auch, dass bereits unter Bundesrat Pilet die Nachkriegspolitik vorbereitet wurde, dass im Juni 1943 die Schaffung eines Systems kollektiver Sicherheit ausdrücklich begrüsst und im September 1944 die internationale Solidarität als ein Gebot bezeichnet wurde, das nicht unvereinbar mit den Neutralitätspflichten sei. Man habe sich 1945 intern intensiv mit einem allfälligen Engagement in der UNO auseinandergesetzt, sei schliesslich aber nicht zu einem Entscheid gezwungen gewesen und habe darum eine abwartende Haltung einnehmen können. Als Gastgeberin des ehemaligen Völkerbundes habe man hingegen privilegierte Beziehungen mit der UNO unterhalten und sei trotz der Nichtmitgliedschaft alles andere als isoliert gewesen. Indem man der UNO sogar das Abhalten von Versammlungen des Sicherheitsrates, nicht aber allfällige Beratungen eines UNO-Generalstabes auf neutralem Territorium gestattete, nahm die Schweiz tatsächlich eine bemerkenswert offene Haltung ein.

Abschliessend wendet sich Fleury mit auffallend energischen Formulierungen gegen kürzlich geäusserte Auffassungen, die Max Petitpierres UNO-Politik der Jahre 1945/46 als verfehlt beurteilt hätten. Es sei eine Verkennung der inneren Gegebenheiten zu glauben, man hätte 1946 ein Volks- und Ständemehr für einen UNO-Beitritt erhalten. Zudem habe in diesem Punkt eine hohe Übereinstimmung zwischen Bundesrat Petitpierre, dem Gesamtbundesrat, den Expertenkommissionen und der öffentlichen Meinung geherrscht.

11 Konkordanz und kalter Krieg. Analysen von Medienereignissen in der Schweiz der Zwischen- und Nachkriegszeit. Reihe: Krise und sozialer Wandel, Bd. 2. Hg. v. K. Imhof, H. Kleger und G. Romano. Zürich 1996.

Fleury markiert mit dieser Einschätzung die Gegenposition zu der von *Peter Hug* im folgenden Beitrag nicht weniger dezidiert vertretenen Meinung[12]. Hug sieht einen beträchtlichen Unterschied im bundesrätlichen Engagement von 1920 und 1945 und wirft Bundesrat Petitpierre vor, er habe «um jeden Preis» eine öffentliche Erörterung der Frage des UNO-Beitritts vermeiden wollen. Die Schweiz sei zum Beitritt eingeladen worden, die überwältigende Mehrheit der Expertenmeinungen habe sich für einen Beitritt (freilich unter Wahrung der Neutralität) ausgesprochen, man hätte dieses Ziel in Absprache mit anderen beitrittswilligen Staaten verfolgen können, 1945/46 sei die Beitrittschance nicht nur verpasst, sondern deren Ergreifen recht eigentlich verhindert worden – von Max Petitpierre, aber auch durch Fehleinschätzungen etwa des Spitzendiplomaten Walter Stucki.

Völlig konträr werten Fleury und Hug sodann die bei Paul-Henri Spaak, dem ersten Präsidenten der UNO-Generalversammlung, im Oktober 1946 unternommene Demarche. Hug sieht die in diesem Zusammenhang ausgesprochene Erwartung, die Generalversammlung möge doch die Sonderstellung der Schweiz explizit anerkennen, als Folge eine «krassen Fehleinschätzung» und als Aktion, die diplomatisches Geschirr zerschlagen habe. Fleury dagegen erklärt diesen gleichen Vorstoss als verständlich aufgrund der privilegierten Beziehungen, die sich durch die Verhandlungen um die Frage des Genfer Sitzes ergeben hatten, und als kühnen und anerkennenswerten Versuch, das Unmögliche vielleicht doch noch möglich zu machen. Da Spaak eine Diskussion in der Generalversammlung als nicht im Interesse der Schweiz erachtete, sah man davon ab, diesen Vorstoss weiterzuverfolgen.

Bundesrat Petitpierre galt bisherher als derjenige Magistrat, der die enge, auf die Neutralität beschränkte Definition der Aussenpolitik um die Maximen der Solidarität, Disponibilität und Universalität erweitert und damit ein «modernes» Konzept zur Handhabung der Aussenbeziehungen entwickelt hat[13]. In jüngster Zeit mehren sich nun aber die Stimmen, die sich kritisch

12 Hug hat am Historikertag teilgenommen, aber kein Referat gehalten. Verdiana Grossi hat an der Tagung über die schweizerische Haltung in der Frage der UNO-Mitgliedschaft referiert, für den Band aber keinen Bericht zur Verfügung stellen können.

13 Die Spuren dieser konzeptionellen Erweiterung hat Reto Neuenschwander systematisch untersucht in seiner vom Vf. dieser Einleitung betreuten Basler Lizentiats-Arbeit von 1989 «Der Weg aus der Isolation. Aspekte der Nachkriegspolitik Bundesrat Petitpierres». «Neutralität und Solidarität» taucht als Begriffspaar erstmals in der FDP-Parteitagsrede vom 28. Oktober 1945 auf; als Formel mit prinzipiellem Charakter erscheinen die Begriffe in der Beantwortung der Interpellation von Ständerat Antognini vom 7. Oktober 1947. Reto Neuenschwander hat die in seiner akademischen Arbeit thematisierte Auslandpräsenz der Schweiz selber gelebt und mit seinem Leben bezahlt. Zunächst war er Mitglied und stellvertretender Leiter der schweizerischen Delegation der neutralen Überwachungskommission in Panmunjom an der innerkoreanischen Demarkationslinie. Nach 1992 arbeitete er als Delegierter des IKRK in Sri Lanka, Somalia, Afghanistan und Burundi, wo er und zwei Kollegen im Juni 1996 ermordet wurden.

über die «Aera Petitpierre» und damit auch über den Hauptverantwortlichen dieser Aera äussern. Antoine Fleury, der den Neuenburger Magistraten im vorliegenden Beitrag vor unsanften Beurteilungen in Schutz nimmt, hat selber schon 1991 bei Petitpierre neben der «grossen Besonnenheit» auch ein «bisweilen allzu vorsichtiges Vorgehen» insbesondere in der Europapolitik festgestellt[14]. 1993 bemängelte Jakob Tanner, nach 1945 habe lediglich eine (neuerliche) Politik der Anpassung und der Konzessionen und nicht eine durchgreifende Öffnung stattgefunden[15]. Und 1995 beanstandete Alois Riklin, dass 1945/46 die Chance der bestehenden echten Europabegeisterung nicht genutzt und die Weichen «unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg» falsch gestellt worden seien[16].

Die Kritik erklärt sich zum Teil aus der Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen aussenpolitischen Situation der Schweiz und mit der Suche nach historischen Erklärungen für die aktuellen Schwierigkeiten. Sie ist auch aus dem legitimen Bedürfnis entstanden, das äusserst freundliche, als positives Gegenstück zum negativen Image des Amtsvorgängers Pilet-Golaz gezeichnete Bild zu relativieren. Diese zugriffigere Art der Auseinandersetzung bildet einen starken Kontrast zu der naturgemäss auf anerkennende Würdigung ausgerichteten «Festschrift» von 1980[17]. Schliesslich führen aber auch bessere Quellenkenntnisse mindestens zu einer Differenzierung, wenn nicht Revidierung bisheriger Vorstellungen.

Peter Hug macht nun neu auf die innenpolitische Bedeutung der von Bundesrat Petitpierre geführten Aussenpolitik aufmerksam: Die Durchsetzung einer Politik, die sich nicht auf aussenwirtschaftliche Kooperation beschränkt, sondern auf vermehrte politische Partizipation der Schweiz in internationalen Organisationen abgezielt hätte, hätte eine breite Mobilisation der reformfreundlichen Kräfte des Landes erfordert, und gerade dies wäre aber, wie man zugespitzt zusammenfassen kann, den Interessen von Petitpierres gesellschaftspolitischem Standort zuwider gelaufen. Diese Deutung kann eine gewisse Plausibilität für sich in Anspruch nehmen, müsste aber noch weiter untermauert werden.

Auch in anderen Beiträgen des vorliegenden Bandes finden sich vereinzelte Hinweise auf die innen- oder parteipolitische Bedeutung der aussenpolitischen Zurückhaltung. Keine Spur von Zurückhaltung findet sich da, wo sich der Chef des Politischen Departementes, mitunter sogar gegen

14 Die Schweizer Bundesräte. Ein biographisches Lexikon. Zürich 1991. S. 436.
15 Jakob Tanner, Grundlinien der schweizerischen Aussenpolitik seit 1945. Bern 1993. S. 8. (Arbeitspapiere der Schweizerischen Friedensstiftung Nr. 16).
16 Alois Riklin, Isolierte Schweiz. Eine europa- und innenpolitische Lagebeurteilung. In: Swiss Political Science Review 1 H. 2/3 1995. S. 30ff.
17 Max Petitpierre. Seize ans de neutralité active. Aspects de la politique étrangère de la Suisse (1945–1961). Hg. v. Louis-Edouard Roulet. Neuenburg 1980.

Bedenken des Justiz- und Polizeidepartementes, als Förderer von Bewegungen mit aussenpolitischen Zielsetzungen engagierte, damit auf diese Weise die Rolle der Schweiz als Gastgeberin für internationale Aktivitäten bekräftigt werden konnte (vgl. die Beiträge von Hässig, Flury und Jílek). Hingegen bewirkten gesellschaftspolitische Einschätzungen eine gewisse Zurückhaltung gegenüber der als linksstehend eingestuften «Europa-Union». Petitpierres Vorsicht konnte aber auch den Sozialdemokraten zugute kommen, sah er doch aus Rücksicht auf deren Empfindlichkeit von einer Grussbotschaft an den von einem Teil der linken Internationale boykottierten Haager Kongress vom Mai 1948 ab.

Max Petitpierres Politik muss im Kontext des damaligen Kräftefeldes beurteilt werden. Dabei sind auch diejenigen Kräfte zu berücksichtigen, die – rechts von Max Petitpierres Position – den Standpunkt des nationalen und materiellen Egoismus vertraten. Im Beitrag von Marc Perrenoud begegnet uns ein Petitpierre, der sich 1948 darüber beklagt, dass man sich in der Schweiz stärker um die Entwicklung des Fleischpreises als über die Zukunft Europas Sorgen mache. Und der Beitrag von Mauro Cerutti zeigt nebenbei, dass es Kräfte gab, denen selbst die bescheidene Öffnung durch die Mitwirkung in der OEEC zu weit ging und die 1950 eine Rückkehr zu einer «strikten Neutralität» wünschten. Auch auf der linken Seite bestanden Vorbehalte gegen die westeuropäischen Integrationspläne. Einen Beleg dafür enthält der Aufsatz von Thomas Moser mit dem Hinweis darauf, dass sich Paul Schmid-Ammann 1953 gegen ein angeblich vom klerikalen Konservativismus und US-Kapitalismus beherrschten Europa und darum für den schweizerischen Alleingang ausgesprochen habe.

Durchgehend nationalistisch waren im übrigen auch die Reaktionen auf das in diesem Band nur am Rande erörterte Washingtoner Abkommen vom Mai 1946. Bei der Kritik der Linken könnten antiamerikanische bzw. antikapitalistische Motive im Spiel gewesen sein, bestimmend war aber die Vorstellung, die Kleinen könnten sich eben nicht genug vor den Grossen dieser Welt und das heisst vor der Welt überhaupt in acht nehmen[18]. Gross kann das Reformpotential in aussenpolitischen Belangen nicht gewesen sein. In der bekannten Umfrage der «Neuen Helvetischen Gesellschaft» von 1946 erklärten 69,3% auch dann nicht mit der UNO zusammenarbeiten zu wollen, wenn wegen der ablehnenden Haltung wirtschaftliche

18 Über das Abkommen zuletzt erschienen: Linus von Castelmur, Schweizerisch-alliierte Finanzbeziehungen im Übergang vom zweiten Weltkrieg zum kalten Krieg. Zürich 1992. – Eine jüngere Einschätzung: Georg Kreis, Ein umstrittener Sieg über den Sieger. In: Neue Zürcher Zeitung vom 25./26. Mai 1996.

Schwierigkeiten in Kauf genommen werden müssten. Und 1947 waren 57% der Befragten selbst gegen einen UNO-Beitritt, wenn die UNO die Neutralität der Schweiz vorbehaltlos anerkennen würde[19].

Mauro Ceruttis Studie über die Verteidigungspolitik nach 1945 macht verschiedene Kontinuitäten und Diskontinuitäten sichtbar. Auffallend ist etwa die anhaltende Vorstellung, dass die Schweiz – von innen wie von aussen – vor allem durch den Kommunismus und die Russen bedroht sei, sowie die stets gleich kontrovers beurteilte Frage des Rüstungsexportes. Bemerkenswert ist andererseits die schnelle Preisgabe des Reduit-Konzeptes und, als Reaktion auf die kompromittierenden Aktenfunde von La Charité-sur-Loire, die anfänglich, das heisst in den Jahren 1948/49, starke Zurückhaltung gegenüber Absprachen mit dem potentiellen Verbündeten. Die Ausführungen über die Kontakte mit dem britischen Feldmarschall Montgomery dürften wegen der kürzlich als kleine Sensation präsentierten Hinweise auf Kooperationsgespräche im Jahre 1956 besonders interessieren. Einmal mehr wird deutlich, dass es weniger die kleine Schweiz (mit ihrer damals bemerkenswert starken Armee) ist, die diese Kontakte sucht, als der Westen, der an einer guten Verteidigung des schweizerischen Territoriums interessiert ist und darum z.B. auch eine aus seiner Sicht bessere Nutzung des schweizerischen Verteidigungsbudgets vorschlägt. Zu einer gewissen Annäherung an den Westen (WEU/NATO) kam es offenbar nach 1950 unter dem Eindruck der Begleiterscheinungen des Koreakrieges.

Marc Perrenouds Abklärungen im aussenwirtschaftlichen Bereich zeigen die bereits angesprochene Zurückhaltung wichtiger Exponenten des wirtschaftlichen Milieus. Deutlich und beinahe einhellig war der Widerstand gegen irgendwelche Bindungen gegenüber den Bretton-Woods-Institutionen. Auf den Marschall-Plan und die Schaffung der OEEC glaubte die schweizerische Handelskammer mit der Befürchtung reagieren zu müssen, dass sich dieses Unternehmen zu sehr in Richtung Planwirtschaft entwickeln werde. Ablehnend war die schweizerische Haltung auch an der Welthandelskonferenz von Havanna 1947/48. Mit Hinweis auf die Rohstoffarmut und die grosse Aussenhandelsabhängigkeit präsentierte sich die Schweiz auch in wirtschaftlicher Hinsicht als Sonderfall mit Anrecht auf entsprechende Ausnahmebestimmungen insbesondere zum Schutze der einheimischen Kartelle.

19 Die Schweiz hält durch. Buch der Volksumfrage unter dem Patronat der Neuen Helvetischen Gesellschaft. Wädenswil 1948. S.173–179. Die ablehnenden Anteile waren in der französischen Schweiz deutlich grösser als in der deutschen Schweiz.

Thomas Mosers Untersuchung der schweizerischen Haltung gegenüber dem Schumanplan von 1950/51 vermittelt zahlreiche interessante Befunde: Das EPD überliess vorübergehend das Integrationsdossier weitgehend dem Volkswirtschaftsdepartement und den Vertretern der Unternehmerschaft, die geplante Montan-Union wurde als gegen die Schweiz gerichtete «Diktatur» verstanden, man ging nicht nur auf Distanz, sondern wollte sich sogar Verhinderungsmöglichkeiten ausdenken; andererseits hoffte man dann vergeblich darauf, mit bilateralen Verhandlungen die eigenen Interessen sichern zu können. Für Moser ist es erwiesen, dass diesen Reaktionen die nötige Nüchternheit abging, die Einschätzung der Problematik durch eine stark ideologisierte Wahrnehmung geprägt war, zugleich aber im Dienste bestimmter Branchen stand, konkret: die einheimische Stahlindustrie vor der ausländischen Konkurrenz schützen wollte, und dass, alles in allem, mit der selbstgewählten Aussenseiterrolle tatsächlich ein bis heute nachwirkender Fehlstart eingeleitet worden sei.

Drei Teilnehmende der abschliessenden *Table ronde* haben für den Tagungsband bestimmte Aspekte der Debatte schriftlich festgehalten.[20] *Judit Garamvölgyi* warnt davor, die historischen Abklärungen zu stark in den Sog der aktuellen Problemlage geraten zu lassen, und macht darauf aufmerksam, dass die Neutralität nicht nur Handlungsspielräume verengte, sondern im bipolaren Feld des kalten Krieges insbesondere gegenüber den mittel- und osteuropäischen Staaten auch erweiterte. *Jean-Claude Favez* kann 1945 wenig Neues feststellen: Die 1944 ins Leben gerufene «Schweizer Spende» half, eine schwierige Zeit zu überbrücken. Einen Aufbruch konnte es auch darum nicht geben, weil alles in allem eine starke Kontinuität herrschte und ein wichtiges Kontinuum darin bestand, dass eine eher konzeptlose Aussenpolitik jeweils auf äusseren Druck reagierte. *Kurt Imhof* beleuchtet abschliessend das «Konzept» hinter dieser Konzeptlosigkeit: den gemeinsamen Willen, sich negativ, das heisst in der Abgrenzung vom Umfeld zu definieren. Spätestens 1950 sei es zu einer Neuauflage des Sonderfalldenkens gekommen. Die Revitalisierung der Nachkriegszeit habe aber zu einer konservativen Einfärbung des fortschrittlichen (antiautoritären) Selbstverständnisses der Vorkriegsjahre geführt. Da die totalitären Nachbarn als Kontrastmassstab wegfielen, habe man zunächst sich selber zum Massstab machen und den Sonderfall verabsolutieren müssen. Bald habe die Schweiz jedoch – scheinbar selbständig, aber eingebettet in den Westen – in der kommunistischen Gefahr einen neuen Feind erhalten. Darüber hinaus wurde aber und wird noch immer, wie Hauswirths Wort

20 Pierre du Bois hat ebenfalls an der Table ronde mitgewirkt, aber anschliessend keinen Text zur Verfügung gestellt.

von 1951 von der «neuen Diktatur» der EGKS und gewisse Verlautbarungen aus der SVP zeigen, zur Legitimation der schweizerischen Selbstausgrenzung auch «Europa» zum Feind erklärt und – historisch falsch und ethisch verantwortungslos – mit den totalitären Mächten gleichgesetzt, die in der Zwischenkriegszeit die Schweiz tatsächlich bedroht haben.

Wenn im Titel dieser Einleitung von «ersten Blicken» auf die Nachkriegszeit gesprochen wird, ist damit auch gesagt, dass es sich bei diesen Beiträgen nicht um «letzte Erkenntnisse» handelt. Der Historikertag von 1995 und der nun vorliegende Tagungsband sollen etwas zur Überwindung der Zäsur von 1945 und damit zur intensiveren Auseinandersetzung mit der Nachkriegszeit beitragen, die zugleich die Vorgeschichte unserer Gegenwart ist. Schon sehr bald wird diese Auseinandersetzung kräftigen Beizug erhalten durch die neue, ebenfalls in die Zeit nach 1945 vorstossende Serie der «Diplomatischen Dokumente der Schweiz[21]» und durch das eben angelaufene und auf etwa fünf Jahre angelegte Nationale Forschungsprogramm 42 über die «Grundlagen und Möglichkeiten der schweizerischen Aussenpolitik»[22].

21 Fleury, Cerutti, Flury und Perrenoud sind Mitarbeiter der neuen Serie.

22 Programmleiter ist der Politologe Gerald Schneider, Universität Bern. Fleury und Hug bearbeiten zwei grosse Projekte in diesem Programm; das eine analysiert die aussenpolitischen Positionsbezüge der Parlamentarier seit 1945, das andere erarbeitet eine Gesamtdarstellung der schweizerischen Aussenpolitik seit 1945.